

Grußwort

Am 20. Juni 1991 beriet der Deutsche Bundestag – entsprechend der Festlegung im Einigungsvertrag – erneut über seinen Sitz und entschied mit einer knappen Mehrheit von 338 zu 320 Stimmen: „Sitz des Deutschen Bundestages ist Berlin. (...) Der Kernbereich der Regierungsfunktionen soll in Berlin angesiedelt werden.“ Damit fand der „Kampf um Bonn“ sein Ende, und die Stadt Bonn wie auch die Region sahen sich vollkommen neuen Herausforderungen gegenübergestellt.

Zwischen dem 3. November 1949, als der Deutsche Bundestag Bonn zur vorläufigen Bundeshauptstadt bestimmte, und dem 20. Juni 1991 liegen 42 Jahre, in denen sich das Provisorium Bonn erst zögerlich, dann immer schneller und besser entwickelte und schließlich zu einer leistungsfähigen Hauptstadt, zu einem Mittelpunkt einer neuen Epoche deutscher Geschichte wurde. Mit dem Namen Bonn wird weltweit eine friedliche, rechtsstaatliche und wirtschaftlich erfolgreiche Politik verbunden. Bonn steht für die erste erfolgreiche Demokratie auf deutschem Boden. Dieses Bild ist, unabhängig von der Berlin-Entscheidung des Deutschen Bundestages, unumstößlich.

Heute, im Jahr des Umzuges, blicken wir mit Stolz zurück und mit großer Zuversicht nach vorn. Viel ist geschehen seit der folgeschweren Entscheidung des Deutschen Bundestages. Die Region hat die Herausforderungen mit Bravour gemeistert. Der Rhein-Sieg-Kreis hat in seiner Vergangenheit eine in der Bundesrepublik Deutschland einzigartige Entwicklung genommen. Seine herausragenden Struktur- und Standortqualitäten haben sich hierfür als tragfähige und zukunftssträchtige Grundlage erwiesen. Der Strukturwandel ist in vollem Gange; Jahr für Jahr haben wir etwa 1.000 Arbeitsplätze hinzugewonnen. Noch nie gab es einen so hohen Beschäftigungsstand im Rhein-Sieg-Kreis wie in diesem Jahr. Kein Kreis und auch keine kreisfreie Stadt hat ein solch starkes Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum zu verzeichnen wie der Rhein-Sieg-Kreis.

Eine wichtige Grundlage für diese positive Entwicklung unserer Region nach dem Umzugsbeschluß ist das Berlin/Bonn-Gesetz. Es gewährleistet die Wahrnehmung von Regierungstätigkeit in der Region Bonn und – mit der Ansiedlung neuer Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung – den Ausgleich für den Verlust von Parlaments- und Regierungssitz.

Neben dem Berlin/Bonn-Gesetz hat die Ausgleichsvereinbarung, die eine für die Region sinnvolle Aufteilung der Ausgleichsmittel des Bundes festschreibt und Planungen zur



Unterstützung bei notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen vorsieht, wesentlich zur heutigen hervorragenden Ausgangslage des Rhein-Sieg-Kreises beigetragen.

Kerngedanke des Ausgleichs, insbesondere der Soforthilfe, war, daß seine Wirkungen nach Möglichkeit schon zum Zeitpunkt des Umzuges eingetreten sein sollten. Erstmals in der „Fördergeschichte“ hat man damit versucht, den Verlust eines wichtigen Standbeines in einer Region bereits im Vorfeld aufzufangen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Fachhochschule Rhein-Sieg. Sie stellt einen wesentlichen Eckpunkt der Ausgleichsmaßnahmen dar. Sie ist aufgrund ihrer engen Verflechtung mit der Wirtschaft einer der wichtigsten Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung und Umstrukturierung in unserer Region.

Im gemeinsamen Schulterschuß mit Bonn und dem Kreis Ahrweiler haben wir unsere Chance genutzt und im Rahmen der Ausgleichsvereinbarung unsere Ziele erreicht. Wichtigste Voraussetzung war dabei, daß wir uns in allen Fragen, die den Ausgleich betrafen, einig waren. Wir in der Region waren uns aber auch immer der Verantwortung bewußt, daß die Ausgleichsmaßnahmen für den Strukturwandel gezielt und sinnvoll eingesetzt werden müssen. Dies haben wir erreicht.

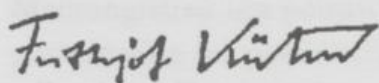
Die Magisterarbeit „Der Kampf um Bonn“ ist die erste und bisher einzige wissenschaftliche zeitgeschichtliche Darstellung des Werdegangs der für unsere Region so grundlegenden Entscheidung vom 20. Juni 1991. Ich danke dem Autor Volker Tschirch für die detaillierte Aufarbeitung und vorzügliche Darstellung dieses interessanten Themas.

Mit der Publikation des Buches „Der Kampf um Bonn“ möchte ich den unermüdlichen Einsatz von Dr. Franz Möller für den Rhein-Sieg-Kreis für die Geschichte festhalten. Dr. Franz Möller war 25 Jahre lang, von 1974 bis 1999, Landrat des Rhein-Sieg-Kreises und hat entscheidend dazu beigetragen, daß der Rhein-Sieg-Kreis zu dem werden konnte, was er heute ist. Dr. Möller, von 1976 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, koordinierte die Aktivitäten derjenigen Bundestagsabgeordneten, die sich für Bonn und die Region einsetzten, die sogenannte „Möller-Runde“. Als Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages und als Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gelang es ihm, die Ausgleichsverhandlungen im Sinne der Region maßgeblich zu prägen. Seinem Verhandlungsgeschick und Engagement für die Region haben wir viel zu verdanken.

Das Buch soll – aus der Distanz von nunmehr acht Jahren – an die Vorgeschichte und den Gang der letztlich für Berlin gefällten Entscheidung des Deutschen Bundestages erinnern. Dabei soll den Lesern Gelegenheit gegeben werden, die einzelnen Stationen des „Provisoriums Bonn“ auf dem Wege zur Entscheidung vom 20. Juni 1991 nachverfolgen zu können. Doch es ist kein Blick zurück im Zorn: Heute überwiegt der Stolz auf die hervor-

ragende und aus damaliger Sicht sogar ungeahnte Entwicklung unserer Region. Die Region geht mit Optimismus in die nächsten Jahre – ins nächste Jahrtausend.

Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung mit dem Kernbereich der Regierungsfunktion haben ihren Sitz in Berlin genommen: Wir werden sie nicht vergessen, weil sie zur Entwicklung unserer Region viel beigetragen haben. Selbstbewußt übernehmen wir aber jetzt die Rolle einer nach wie vor bundesstaatlich, europäisch und international ausgerichteten Region im europäischen Kerngebiet mit einer überdurchschnittlichen Dynamik und wirtschaftlichen Leistungskraft.



Frithjof Kühn

